

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

103. Sitzung
10. Juni 2026

Beginn: 12.01 Uhr
Schluss: 18.52 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

I. Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende ruft die Einladung mit der Tagesordnung nebst Konsensliste und zwei Mitteilungen auf.

Als Tischvorlagen sind verteilt worden:

Zu TOP 2:

- | | | |
|------|---|-------------------------------|
| I. | Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026
Vermögensgeschäft Nr. 7/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2927
Haupt |
| II. | Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026
Vermögensgeschäft Nr. 8/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2928
Haupt |
| III. | Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026
Vermögensgeschäft Nr. 9/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2929
Haupt |

- IV. Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026 [2930](#)
Vermögensgeschäft Nr. 10/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte Haupt

Zu TOP 17 A:

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der [2913 A](#)
Fraktion Die Linke für einen Maßgabebeschluss zur Haupt
Vorlage – zur Zustimmung – gemäß Artikel 67 Absatz 3
Satz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/3288
Verordnung über die Zuständigkeiten für die
Aufgaben der Berliner Verwaltung
(Zuständigkeitsverordnung – ZustV)

Zu TOP 21:

- a) Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2819 A](#)
zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der Haupt
SPD
Drucksache 19/3189
Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner
Mobilitätsgesetzes
- b) Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Frakti- [2819 B](#)
on der SPD zum Haupt
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3189
Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner Mobili-
tätsgesetzes

Zu TOP 43:

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der [2821 C](#)
Fraktion der SPD zum Haupt
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3191
Gesetz zur Änderung des Berliner
Seniorenmitwirkungsgesetzes und weiterer Gesetze

Zu TOP 46:

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
für einen Maßgabebeschluss zum [2867 A](#)
Schreiben SenASGIVA – V C 4 – vom 13.05.2026
Maßnahmen aus dem Handlungskonzept des Run-
den Tisches Sexarbeit
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
Haupt

Zu TOP 48:

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
für einen Maßgabenbeschluss zum [2850 A](#)
Vertraulichen Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 08.05.2026
Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 13435 Berlin
Zustimmung zur Weiteranmietung
gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27
Haupt

Zu TOP 54:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD zur [2762 A](#)
Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3072
Wohnraumsicherungsgesetz
Haupt

Zu TOP 59:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD zum [2822 A](#)
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3192
Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner
Ausschreibungs- und Vergabegesetzes und weiterer
Rechtsvorschriften
Haupt

Die Ergänzungen und Änderungen der Tagesordnung aus den Mitteilungen werden gebilligt (einstimmig mit allen Fraktionen).

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der Anträge unter II. festgestellt.

Die Konsensliste wird angenommen (einvernehmlich).

II. Anträge der Fraktionen

Ein Antrag der Fraktionen CDU und SPD, TOP 5, 28 und 52 zur Sitzung am 24.06.2026 zu vertagen, wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD;
Abstimmung im Block)

Ein Antrag der Fraktionen CDU und SPD, TOP 35, 36, 37, 38 und 49 zur Sitzung am 02.09.2026 zu vertagen, wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD;
Abstimmung im Block)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026, 12.00 Uhr, Fragen zu TOP 36 bis TOP 38 nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt bis zum 31.07.2026 schriftlich beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die folgenden Fragen eingereicht:

Zu TOP 36 - Entsperrung Kapitel 0850, Titel 68406, Teilansatz 8 hier: Förderung von Projekten

1. Bitte um einen Folgebericht über die Rückzahlungen, wenn die entsprechenden Informationen vorliegen.
2. Nach welchen Modalitäten (Jury, auftragsweise Bewirtschaftung, Weiterförderung angefangener Projekte etc.) sollen die Mittel jetzt verausgabt werden?
3. Bleibt es bei den 5 Mio. Euro für das Jury-Verfahren, wie in der RN 2604 12. Januar 2026 dargestellt?

Zu TOP 37 - Projekte von besonderer politischer Bedeutung - hier: Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfung und Vollfinanzierung

1. Sind die ausstehenden Verwendungsnachweise zwischenzeitlich fristgerecht bis zum 31. Mai eingereicht worden? Falls nein, warum nicht und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?
2. Was haben die bisherigen Prüfungen ergeben bzw. wann wird die Prüfung abgeschlossen sein? Was unternimmt der Senat in dieser Sache, um den Prüfvorgang zu beschleunigen?
3. Gibt es bereits Hinweise auf mögliche Beanstandungen und etwaige Rückforderungen? Wenn nein, warum nicht?
4. Bitte um die Darstellung der Ergebnisse und Auswirkungen der Verwendungsnachweisprüfung, einschließlich aller weiteren Schritte und Maßnahmen des Senats in dieser Angelegenheit.

Zu TOP 38 - Projekte von besonderer politischer Bedeutung - hier: Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfung und Vollfinanzierung

1. Was passiert mit den Mitteln, die jetzt aufgrund der späteren Einstellung „übrig“ sind?
2. Wie viele Stellen sollen jetzt insgesamt über alle Bezirke hinweg ausgeschrieben werden? Der Senat hatte ja ursprünglich von 200 Stellen gesprochen, jetzt im Bericht nur noch

von 180 und aus den Bezirken gab es immer wieder Zweifel, dass es so viele sein werden, da war eher von 160 Stellen die Rede. Grund waren unterschiedliche Berechnungsgrundlagen zu den Kosten einer VZÄ (je nachdem, ob man Vorerfahrung einbezieht und wie die Personen eingruppiert werden).

3. Bis wann sollen alle Stellen ausgeschrieben und besetzt sein?
4. Wann soll die Ausschreibung für das Jahr 2027 erfolgen?

Rechnungshof – 20

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [2732](#)
Drucksache 19/3022 Haupt
**Entlastung wegen der Einnahmen und Ausgaben des
Rechnungshofs von Berlin im Haushaltsjahr 2024**

Es liegt eine Empfehlung des UA Haushaltskontrolle vom 29.05.2026 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/3022 – anzunehmen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Finanzen – 15

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen
des Unterausschusses Vermögensverwaltung
zu Vorlagen – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 GO Abghs**

hierzu:

- I. Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026 [2927](#)
Vermögensgeschäft Nr. 7/2026 Haupt
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte

- | | |
|--|-------------------------------|
| II. Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026
Vermögensgeschäft Nr. 8/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2928
Haupt |
| III. Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026
Vermögensgeschäft Nr. 9/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2929
Haupt |
| IV. Empfehlung des UA VermV vom 10.06.2026
Vermögensgeschäft Nr. 10/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2930
Haupt |

Nach einem Bericht der Vorsitzenden des UA VermV, Frau Abg. Çağlar (SPD), wird ohne Aussprache beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, die Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (Nr. 7, 8, 9 und 10/2026 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte) entsprechend dem Beratungs- und Abstimmungsergebnis des Unterausschusses Vermögensverwaltung anzunehmen.

(I., III. und IV.: jeweils einstimmig mit allen Fraktionen;
II.: mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen.

- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegen keine Empfehlungen vor.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|---|-------------------------------|
| Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1925
Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für
das Haushaltsjahr 2023 | 1954
Haupt |
|---|-------------------------------|

Es liegt eine Empfehlung, [1954 A](#), des UA Haushaltskontrolle vom 29.05.2026 vor, die Vorlage zur Beschlussfassung mit Auflagen und Mißbilligungen anzunehmen (einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD).

Nach einem Bericht der Vorsitzenden des UA Haushaltskontrolle, Frau Abg. Dr. Wein (CDU), in dem diese darauf hinweist, dass der UA keine Missbilligungen beschlossen hat, wird ohne weitere Aussprache beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1925 – gemäß der Empfehlung des Unterausschusses Haushaltskontrolle anzunehmen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht SenFin – II A 21 – vom 12.05.2026
Steuerschätzung Mai 2026

[2870](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2870](#) zur Kenntnis genommen.

SenFin
wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026 die Auswirkung der Konjunkturkomponente mit den Berechnungen und den aktuellen Zahlen nachzureichen.

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

SenFin
wird gebeten, dem Hauptausschuss möglichst bereits zur Sitzung am 24.06.2026 den aktuellen Festlegungsstand (summiert) aus der PMA Flucht aufzuliefern. Zudem wird um die Vorlage eines Abgleichs des Masterplans Brücken mit der Haushalts- und Investitionsplanung gebeten.

(einvernehmlich; auf Antrag LINKE)

Die Fraktion Die Linke kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026, 12.00 Uhr, Fragen zum Bericht [2870](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Finanzen bis Mitte Juli 2026 schriftlich beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion Die Linke hat die folgende Frage eingereicht:
Erbeten wird eine Darstellung darüber, wie sich die Mittel aus der Fluchtpauschale 2025 nach Auflösung auf die jeweiligen Ausgabenposten verteilen.

Punkt 4 A der Tagesordnung

Bericht SenFin – Fin II LIP 8 / II BfdH (V) – vom
13.05.2026
Sondervermögen des Bundes
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

[2678 A](#)
Haupt
vormals KL IV.

Nach Aussprache wird der Bericht [2678 A](#) zur Kenntnis genommen.

SenFin
wird gebeten, dem Hauptausschuss möglichst bereits zur Sitzung am 24.06.2026 die
Senatsplanung zum Sondervermögen des Bundes vorzulegen.

(einvernehmlich; auf Antrag LINKE)

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2778
Berliner Mischung erhalten – Härtefälle vermeiden
(Grundsteuermesszahlengesetz)

[2566](#)
Haupt

hierzu:

- a) Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und der Fraktion Die Linke
- b) Stellungnahme des Senats – SenFin Gremienreferat –
vom 19.01.2026
- c) Bericht SenFin – III A 11 – vom 30.04.2026
Konzept für Einnahmen aus Bodenwertspekulation
gemäß Auflage B. 124 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2566 B](#)
Haupt

[2566 A](#)
Haupt

[2738 A](#)
Haupt

vertagt zur Sitzung am 24.06.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Punkt 6 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I D 27 – vom 26.05.2026
**Bildung einer SILB-Rücklage für Mehrkosten bei
dem laufenden Flächenoptimierungsprojekt
Fröbelstr. 15**
gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27

[2892](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2892](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

SenFin

wird gebeten, dem Hauptausschuss den Abfluss aus der SILB-Rücklage projektscharf darzustellen.

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

Punkt 7 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I D 25 – vom 12.05.2026
**Anmietungsvorlage zur Mietvertragsverlängerung
am Standort Dorotheenstr. 30, 10117 Berlin für die
Unterbringung der zur Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) gehörenden
Fachbereiche III B 1 (UMF) sowie II E 4-
Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und
Schule (StEPS)
1. Zustimmung zur Verlängerung der Festmietzeit
2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, die
Inanspruchnahme von
Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2027
bis 2032 bei Kapitel
1000, Titel 517 15 und beim Titel 518 20 zuzulassen
gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27**

[0432 A](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Nach Aussprache in öffentlicher Sitzung wird beschlossen:

Dem Schreiben [0432 A](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Punkt 8 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin / Bezirksamt – Fin I D
26 – vom 11.05.2026

**Mietvertragsverlängerung am Standort Buckower
Damm 114, in 12349 Berlin für die Unterbringung
der zu der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
und Familie (SenBJF) gehörenden Außenstelle im
Bezirk Neukölln**

1. Zustimmung zur Verlängerung

**2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, die
Inanspruchnahme von**

**Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 1000,
Titel 51715 und beim Titel 51820 zuzulassen**

gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27

[2881](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Nach Aussprache in öffentlicher Sitzung wird beschlossen:

Dem Schreiben [2881](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis
genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Punkt 9 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 24 – vom
11.05.2026

**Unterbringung des Archivguts der
Staatsanwaltschaft Berlin**

1. Zustimmung zur Verlängerung des Mietvertrages

**2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, außerplanmäßige
Verpflichtungsermächtigungen, zuzulassen.**

gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27

[2907](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2907](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis
genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Punkt 10 der Tagesordnung

Austauschfassung zur roten Nummer 2908
Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 23 – vom
02.06.2026
**Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-
Brandenburg, Außenstelle Berlin**
1. Zustimmung zum Abschluss eines Mietvertrages
**2. Kenntnisnahme von der Absicht der Senatsver-
waltung für Finanzen eine außerplanmäßige Ver-
pflichtungsermächtigung, zuzulassen**
3. Kenntnisnahme des Berichts
hier: Austauschfassung
gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27 und Berichtsauftrag aus der 49.
Sitzung des Unterausschusses Vermögensverwaltung
vom 12.11.2025

[2908-1](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2908-1](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis
genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Punkt 11 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I D 3 – vom 27.04.2026
**Klimapakt 2025-2030 — Gemeinsame Erklärung des
Landes Berlin mit bedeutenden Landesunternehmen
zur beschleunigten Erreichung ihrer
Klimaschutzziele**
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

[1872 J](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Nach Aussprache in öffentlicher Sitzung wird der Bericht [1872 J](#) zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion Die Linke kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026,
12.00 Uhr, Fragen zum Bericht [1872 J](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Fi-
nanzen rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026 schriftlich beantwortet werden sollen (einver-
nehmlich).

Die Fraktion Die Linke hat keine Fragen eingereicht.

Punkt 12 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion [2849](#)
Drucksache 19/3185 Haupt
**Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens BER sichern –
Jetzt Kosten senken!**

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3185 – abzulehnen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Punkt 13 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion [2883](#)
Drucksache 19/3128 Haupt
**Verfassungskonforme Neuordnung der Berliner
Beamtenbesoldung transparent und vollständig
umsetzen**

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3128 – abzulehnen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

SenFin
wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026 einen Bericht über die Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgericht zur jährlichen Erneuerung der Anträge auf verfassungskonforme Besoldung von Beamten vorzulegen.

(eilvernehmlich; auf Antrag AfD)

Punkt 14 der Tagesordnung

Bericht SenFin – IV C 14 – vom 30.04.2026 [2655 S](#)
**Eckdaten des Vertrages im Rahmen des Projektes
„Home Base“** Haupt
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

Nach Aussprache wird der Bericht [2655 S](#) zur Kenntnis genommen.

SenFin

wird gebeten, dem Hauptausschuss möglichst bereits zur Sitzung am 24.06.2026 zum Projekt „Home Base“ die Eckdaten mit den jeweiligen Zahlen aufzuliefern. Wie sehen die konkreten Modalitäten aus? Wer entscheidet über die Vergabe? Was passiert im direkten Anschluss einer Ausbildung oder Studiums? Müssen die Wohnungen direkt geräumt werden?

(eilvernehmlich; auf Antrag LINKE)

Bezirke

Punkt 15 der Tagesordnung

Schreiben BA Tempelhof-Schöneberg vom 26.05.2026

Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

[2891](#)

Haupt

Deckungskreis 12 – BA Tempelhof-Schöneberg für Pauschale Schulen

Titel 73016 – 07G34, Marienfelder Schule

(Grundschule): Erweiterung der Schulanlage

Titel 76016 – 07K02, Carl-Zeiss-Oberschule:

Schulcontaineranlage;

Deckungskreis 24 – BA Tempelhof-Schöneberg für Pauschale Sonstiges

Titel 76037 – Investive Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand des Bezirks

Tempelhof-Schöneberg

1. Umwidmung von Mitteln zu Gunsten der Nachfinanzierung der Maßnahme Titel 73016, 07G34, Marienfelder Schule (Grundschule):

Erweiterung der Schulanlage

2. Antrag zur Aufhebung der Sperre

3. Zustimmung zur Änderung des

Bedarfsprogramms

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2026/2027 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und Auflage A. 15 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/2027

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2891](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Punkt 16 der Tagesordnung

Bericht BA Neukölln – BzBm – vom 19.05.2026 [2709 B](#)
Zulassung von außerplanmäßigen Ausgaben für Haupt
2026/2027 zur Umsetzung einer zusätzlichen
Maßnahme zum Rückbau eines Mobilen
Unterrichtsraums (MUR) des Bezirks Neukölln
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

hierzu:

Antrag der Fraktion Die Linke für einen Maßgabebe- [2709 B-1](#)
schluss Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Der Antrag der Fraktion LINKE für einen Maßgabebeschluss [2709 B-1](#) wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen LINKE bei Enthaltung GRÜNE)

Der Bericht [2709 B](#) wird zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Die Linke kündigen an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026, 12.00 Uhr, Fragen zum Bericht [2709 B](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026 schriftlich beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion der SPD hat die folgenden Fragen eingereicht:

Der Träger der Werkschule Löwenherz in Neukölln erhält Zuwendungen aus dem Einzelplan 10 (Titel 68569, TA 1) zur Erfüllung des schulgesetzlichen Auftrages gemäß § 13a Sek I-VO im Rahmen der AV Duales Lernen. Der Bezirk Neukölln erhebt seit vielen Jahren Miete vom Träger für die Nutzung des kompletten Schulgebäudes, obwohl dort regulärer Unterricht durch Lehrkräfte der SenBJF, sonderpädagogische Kleinklassen in Kooperation mit dem Jugendamt sowie Praxislernen stattfinden. Regulär ist im Rahmen der Zuwendung durch die SenBJF eine Mietfinanzierung nur dann vorgesehen, wenn Träger zur Umsetzung des Angebots zusätzliche Räumlichkeiten anmieten müssen. Im vorliegenden Fall findet das schulische Angebot jedoch in einer bezirklichen Liegenschaft statt.

Der Senat wird gebeten, zu erläutern, auf welcher rechtlichen und haushaltsrechtlichen Grundlage Bezirke von Trägern, die Aufgaben im Rahmen des Bildungs- und Jugendhilfeauftrags erfüllen, Nutzungsentgelte oder Mieten für bezirkliche Schulstandorte erheben können und inwieweit hierbei § 5 Abs. 3 Schulgesetz sowie die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung einschlägig sind. Ferner wird um Darstellung gebeten, welche Ausgabenarten durch die Zuwendungen für Praxislernen abgedeckt werden können, unter welchen Voraussetzungen Mietkosten in der Zuwendung berücksichtigt werden können und wie bewertet wird, dass hierfür gegebenenfalls Bildungs- und Jugendhilfemittel eingesetzt werden müssen.

Schließlich wird der Senat gebeten darzustellen, ob ihm vergleichbare Fälle aus anderen Berliner Bezirken bekannt sind, wie die Finanzierung schulischer Kooperationsstandorte grundsätzlich ausgestaltet ist und ob die bereits über die bezirkliche Schulfinanzierung und die Globalsumme bereitgestellten Mittel eine zusätzliche Mieterhebung für die Nutzung bezirklicher Schulgebäude erforderlich machen.

Die Fraktion Die Linke hat die folgenden Fragen eingereicht:

1. Thema Datengrundlage für den Schulbereich in Neukölln:
 - a) Wir bitten um eine schulscharfe Aufstellung über alle schulisch genutzten Liegenschaften inklusive der Anzahl und Flächen der jeweiligen Räumlichkeiten.
 - b) In einem Bericht des Bezirksamtes Neukölln wird davon gesprochen, dass bei einer vertieften Überprüfung von Daten aus essentialsFM und der Schulstatistik gravierende Fehler festgesellt wurden. Bis wann soll hier die Datenbereinigung beendet sein?
 - c) Inwiefern können die genannten Fehler in der Schulstatistik und essentialsFM zu falschen Annahmen führen? Ist es möglich, dass die von Bezirksbürgermeister Hickel erwähnte Überkapazität im Grundschulbereich auf einer falschen Datengrundlage basiert?
2. Wir bitten um eine Auflistung aller weiteren geplanten MUR-Rückbaumaßnahmen für die kommenden fünf Jahre, unter Angabe welche Kompensationsflächen dafür vorhanden sind oder warum Kompensationsflächen in den konkreten Fällen nicht gebraucht werden.

Punkt 16 A der Tagesordnung

Schreiben BA Neukölln – StadtUmVerkehr Dez 1 –
vom 29.04.2026
**Erneuerung des Ufergeländers am Maybachufer
zwischen Kottbusser Damm und Lohmühlenplatz
Antrag auf Änderungen des Bedarfsprogramms
gemäß § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO**

[2865](#)
Haupt
vormals KL IV.

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2865](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und AfD bei Enthaltung LINKE)

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 13.43 bis 14.33 Uhr.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 17 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	2515
Drucksache 19/2715	Haupt
Antifa-Bewegung zerschlagen: Finanzierer offenlegen – Zellen verbieten – Symbolik untersagen	BuEuMe(f) InnSichO* Recht*

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BuEuMe vom 06.05.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD).

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/2715 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien abzulehnen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Punkt 17 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Zustimmung – gemäß Artikel 67 Absatz 3 Satz 3 der Verfassung von Berlin	2913
Drucksache 19/3288	Haupt
Verordnung über die Zuständigkeiten für die Aufgaben der Berliner Verwaltung (Zuständigkeitsverordnung – ZustV)	

hierzu:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf einen Maßgabebeschluss	2913 A
	Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke für einen Maßgabebeschluss [2913 A](#) wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

Sodann wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, der Verordnung über die Zuständigkeiten für die Aufgaben der Berliner Verwaltung (Zuständigkeitsverordnung – ZustV) gemäß Artikel 67 Absatz 3 Satz 3 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 13 Absatz 6 des Landesorganisationsgesetzes zuzustimmen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026, 12.00 Uhr, Fragen zur Vorlage – zur Zustimmung – [2913](#) nachzureichen, die von der Senatskanzlei schriftlich bis zum 31.08.2026 beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die folgenden Fragen eingereicht:

1. Bitte um Darstellung der Ergebnisse des „Sommerprozesses“ zur Qualifizierung des Aufgabenkataloges.
2. Wie ist der Arbeitsstand zur Qualifizierung des Aufgabenkataloges und für die Vorbereitung der ersten Fortschreibung?
3. Wie soll der Rechtsstatus der Teilaufgaben zukünftig aussehen?
4. Welches Gliederungsprinzip für die Handlungsfelder soll Grundlage für die weitere Qualifizierung des Aufgabenkataloges sein?
5. Wie ist der Stand der Debatte im Senat zum Thema Kreislaufwirtschaft und Marktüberwachung angesichts der Kritik der Bezirke, dass die den Bezirken zugewiesenen Aufgaben angesichts fehlender Ressourcen nicht erfüllbar sind?
6. Wie ist der Stand der Debatte im Senat zum Thema öffentliche Toiletten angesichts der Kritik der Bezirke an der Zuweisung der Aufgabe?
7. Wie ist der Stand der Debatte im Senat zum Thema Zierbrunnen angesichts der Kritik der Bezirke an der Zuweisung der Aufgabe?
8. Wie und wo ist die Aufgabe der Erstellung von Schulwegplänen im Aufgabenkatalog verankert?
9. Welche Aufgaben der Bezirke im Politikfeld Energie sind dem Senat bekannt und wie kann eine Qualifizierung des Aufgabenkataloges aussehen?
10. Bitte um Darstellung der Aufgaben und Teilaufgaben der Bezirksverordnetenversammlungen und der BVV-Büros im Aufgabenkatalog und möglicher Qualifizierungen angesichts der Kritik, dass gesetzliche Aufgaben der Bezirksverordnetenversammlungen (wie Beschluss über Kita-/Schulentwicklungsplanung oder Fuß-/Radverkehrsplan) unerwähnt bleiben und die Arbeit der BVV-Büros nicht angemessen abgebildet ist?

Punkt 18 der Tagesordnung

Bericht RBm – Skzl – I A 4 – vom 15.04.2026
Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

[2834](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2834](#) zur Kenntnis genommen.

Inneres und Sport – 05

Punkt 19 der Tagesordnung

Bericht SenInnSport – IV A 31 – vom 30.03.2026
Berliner Bäder-Betriebe
hier: Systematik der Finanzierung zusätzlicher
Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe über
Rücklagenentnahmen
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

[2345 C](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2345 C](#) zur Kenntnis genommen.

SenInnSport
wird gebeten, dem Hauptausschuss eine Liste der Rücklagenentnahmen für das Jahr
2025 vorzulegen.

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

Punkt 20 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenInnSport vom 28.04.2026
Straßenbahndepot Belziger Straße in Tempelhof-
Schöneberg
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)

[1387 H](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Nach Aussprache in öffentlicher Sitzung wird der Bericht [1387 H](#) zur Kenntnis genommen.

SenInnSport
wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026 zu erläutern, ob die Schadstoffbelastungen in der Belziger Straße, die zur Schließung geführt haben, bereits als Teil des Sanierungsbedarfs bekannt waren oder ob es sich um eine neue Feststellung handelt. Welche Hallen sind von der Sperrung betroffen?

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – 07

Punkt 21 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3189
Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner
Mobilitätsgesetzes

[2819](#)
Haupt(f)
Mobil

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses Mobil vom 20.05.2026 vor, den Antrag anzunehmen (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD).

hierzu:

- a) Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2819 A](#)
Haupt
- b) Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2819 B](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2819 A](#) wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE bei Enthaltung LINKE)

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2819 B](#) wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Sodann wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3189 – mit den folgenden, soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen:

1. Nummer 3 Buchstabe a) wird wie folgt neu gefasst:

„§ 4 Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Bei der Umgestaltung vorhandener Verkehrsinfrastruktur und dem Neubau der Verkehrsinfrastruktur soll neben ihrer funktionalen die soziale, stadtkulturelle, architektonische, denkmalpflegerische, historische, barrierefreie, biodiverse, klimawirksame Bedeutung berücksichtigt werden.“ “

2. Nummer 8 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 17a Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:

„Die für Bildung zuständige Senatsverwaltung entwickelt gemeinsam mit der für Verkehr zuständigen Senatsverwaltung und in Abstimmung mit den Bezirken ein umsetzungsbezogenes Konzept. Das Konzept definiert unter anderem Unterrichtsinhalte, Öffentlichkeitsarbeit und Maßnahmen zur Veränderung des Mobilitätsverhaltens von Schulkindern hin zur selbstständigen Mobilität sowie zur Umsetzung einer sicheren Infrastruktur im Schulumfeld. Die Jugendverkehrsschulen als außerschulische Lernorte nach § 124 des Schulgesetzes werden in das Konzept einbezogen.“ “

3. Nummer 11 Buchstabe b) wird wie folgt neu gefasst:

„Absatz 7 Satz 1 erhält folgende neue Fassung:

„Der ÖPNV soll die Mobilität von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sichern und die Barrierefreiheit im Sinne des Landesgleichberechtigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 2006 (GVBl. S. 957), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 2017 (GVBl. S. 695) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, gewährleisten, sowohl hinsichtlich der Ausstattung von Fahrzeugen und fahrgastbezogener Infrastruktur (insbesondere Aufzüge, Rampen und weitere Zugangsmöglichkeiten) als auch bei Informationen, Vertrieb und Orientierungshilfen sowie dem Betrieb und der Wartung der entsprechenden Infrastruktur.“ “

4. Nummer 16 Buchstabe a) wird wie folgt neu gefasst:

„Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:

„Standards und Ausnahmen zur Erschließung durch das Radverkehrsnetz werden im Radverkehrsplan festgelegt.“ “

5. Nummer 19 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 44 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Fahrradstraßen dienen als Teil des Radverkehrsnetzes der Sicherheit und Leichtigkeit des Fahrradverkehrs sowie der Entflechtung der Verkehre. Eine Ausweisung von Nebenstraßen im Radverkehrsnetz als Fahrradstraßen wird angestrebt. Die übergeordnete, stadtweite Bedeutung ist bei der Prüfung zur Einrichtung von Fahrradstraßen zu Grunde zu legen.“ “

6. Nummer 27 Buchstabe c) wird wie folgt neu gefasst:

„Es wird ein neuer Absatz 11 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Insbesondere vor Schulen, Kitas und Senioren- und Pflegeeinrichtungen sowie vor Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sollen bei Bedarf temporäre Querungshilfen bis zur Errichtung dauerhafter Anlagen eingerichtet werden.“ “

7. Nummer 28 wird wie folgt neu gefasst:

„In § 60 wird ein neuer Absatz 7 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Das Land Berlin unterstützt die Aktivitäten des Bundes, um zukünftig im städtischen Wirtschaftsverkehr die Potenziale des ÖPNV und des öffentlichen Verkehrs stärker nutzen zu können. Hierfür wird die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für den Transport von Gütern auf Verkehrswegen des Personenverkehrs angestrebt. Die Kapazitäten zur Beförderung von Fahrgästen im ÖPNV und die Sicherheit der Fahrgäste beim Be- und Entladen von Gütern sollen dadurch nicht eingeschränkt werden.“ “

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 22 der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – I E – vom 22.05.2026
**Freigabe von Mitteln bei durch das
Abgeordnetenhaus von Berlin verstärkten bzw.
neugeschaffenen Gesamt- oder Teilansätzen
hier: Kapitel 0710, Titel 68478, TA 7 – Förderung
intelligente Heizsysteme –**
gemäß § 10 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2026/2027

[2902](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2902](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Punkt 23 der Tagesordnung

Bericht SenMVKU – I E 1 – vom 23.04.2026
Kostenschätzung Volksentscheid Baum
(Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung vom 18.02.2026)

[2419 F](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2419 F](#) zur Kenntnis genommen.

Punkt 24 der Tagesordnung

Bericht SenMVKU – I E 12 – vom 21.04.2026
Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm
gemäß Auflage B. 38 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

[2817](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2817](#) zur Kenntnis genommen.

SenFin
wird gebeten, dem Hauptausschuss zur Sitzung am 24.06.2026 eine Übersicht über die Veranschlagungen im Sondervermögen vorzulegen, für die die klarstellende Änderung des BMF zur Verwendung von Mitteln für Kofinanzierungszwecke von Relevanz ist.

(einvernehmlich; auf Antrag LINKE)

Punkt 25 der Tagesordnung

Bericht SenMVKU – II B 30 – vom 17.04.2026
Datenlage Trinkbrunnen
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)

[2180 G](#)
Haupt

Ohne Aussprache wird der Bericht [2180 G](#) zur Kenntnis genommen.

Punkt 26 der Tagesordnung

a) Schreiben SenMVKU – II GT – vom 21.05.2026
**Aktualisierung zur betriebswirtschaftlichen
Begleitung der Roadmap „Tiefe Geothermie“
Beauftragung einer Beratungsdienstleistung
hier: Zustimmung**
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2886](#)
Haupt

b) Schreiben SenMVKU – II GT 4 – vom 26.05.2026
**Rechtliche Begleitung der Roadmap „Tiefe
Geothermie“ II
hier: Zustimmung**
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2893](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

zu a) Dem Schreiben [2886](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

zu b) Dem Schreiben [2893](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

SenMVKU

wird gebeten, dem Hauptausschuss die integrierte Studie zur wirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Umsetzung eines landeseigenen Reservoirmanagements zur Kenntnis aufzuliefern.

(einvernehmlich; auf Antrag LINKE)

Punkt 27 der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – III B 1-1 – vom 01.06.2026
Kleingewässerprogramm
gemäß § 10 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2026/2027

[2906](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2906](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Punkt 28 der Tagesordnung

Bericht SenMVKU – IV A 2-4 – vom 28.04.2026
Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr
gemäß Auflage B. 35 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27

[2812](#)
Haupt

vertagt zur Sitzung am 24.06.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Punkt 29 der Tagesordnung

Bericht SenMVKU – IV C 3 – vom 28.04.2026
Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben
gemäß Auflage B. 44 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27

[2816](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2816](#) zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion Die Linke kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026, 12.00 Uhr, Fragen zum Bericht [2816](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt schriftlich bis zum 15.07.2026 beantwortet werden sollen (eilvernehmlich).

Die Fraktion Die Linke hat die folgenden Fragen eingereicht:

1. Wie viel Personal beabsichtigt die BVG-Projekt-GmbH aufzubauen und einzustellen? Wie viel davon konnte bereits gewonnen werden?
2. Ist durch den Neuaufbau des Personals bei der BVG-Projekt mit Zeitverschiebungen bei der Straßenbahnplanung zu rechnen und wenn ja, in welchem Umfang?
3. Bitte um Übermittlung der Grundlagenuntersuchung sowie der Nutzen-Kosten-Untersuchung zur U8 ins Märkische Viertel in den Datenraum.
4. In der Vorlage heißt es zum Projekt Turmstraße-Jungfernheide: „Es finden enge Abstimmungen zu den parallelen Planungen Dritter statt. Rückschlüsse aus anderen Planungen

können sich ggf. auf den Zeitplan auswirken.“ Es wird um Konkretisierung der Ausführungen gebeten. Welche Planungen Dritter sind hier gemeint? Welche Verschiebungen können sich aus anderen Planungen ergeben?

Punkt 30 der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – IV F – vom 29.04.2026
Vereinfachtes Verfahren zur Herstellung der Deckungsfähigkeit innerhalb von Deckungskreisen des Rad- und Fußverkehrs in durch das Abgeordnetenhaus verstärkten Ansätzen zur Beschleunigung haushaltswirtschaftlicher Vorgänge

[2854](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2854](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

SenMVKU
wird gebeten, dem Hauptausschuss bis Ende Februar 2027 die tatsächlichen Mittelflüsse in den Deckungskreisen des Rad- und Fußverkehrs zum Stichtag 31.12.2026 darzustellen.

(eilvernehmlich; auf Antrag LINKE)

Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – 08

Punkt 31 der Tagesordnung

Schreiben SenKultGZ – ZS A – vom 20.05.2026
Freigabe von Mitteln bei durch das Abgeordnetenhaus von Berlin verstärkten bzw. geschaffenen Gesamt- oder Teilansätzen hier: Heranziehung parlamentarisch verstärkten Ansätze bei Kapitel 0800/Titel 42201 und Kapitel 0800/Titel 42801 zur Auflösung der Pauschalen Minderausgaben gemäß § 10 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2026/2027

[2878](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2878](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

SenKultGZ
wird gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 30.08.2026 die Belegung der pauschalen Minderausgaben im Kapitel 0800 darzustellen.

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

Punkt 32 der Tagesordnung

Schreiben SenKultGZ – ZS D 22 – vom 03.06.2026 [2909](#)
Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Haupt
Aktivitäten
hier: Änderung der verbindlichen Erläuterung

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2909](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Punkt 33 der Tagesordnung

Schreiben SenKultGZ – I A 3 – vom 01.06.2026 [2901](#)
Förderung Berlin Ballet Company 0810 / 68621 / Haupt
TA 17
hier: Änderung der verbindlichen Erläuterung

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2901](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD und GRÜNE bei Enthaltung LINKE und AfD)

Punkt 34 der Tagesordnung

Bericht SenKultGZ – I B 11 – vom 22.04.2026 [2582 B](#)
Wirtschaftsplan Maxim Gorki Theater Haupt
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

Nach Aussprache wird der Bericht [2582 B](#) zur Kenntnis genommen.

Punkt 34 A der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenKulGZ – I B 36 – vom
09.06.2026
Mietvertrag Kulturbrauerei
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2920](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2920](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis
genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Punkt 35 der Tagesordnung

Bericht SenKultGZ – II / UA F 1 – vom 02.02.2026
Gutachten- und Beratungsdienstleistungsaufträge
hier: Senatsverwaltung für Kultur und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2644](#)
Haupt

vertagt zur Sitzung am 02.09.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Punkt 36 der Tagesordnung

Bericht SenKultGZ – II A 6 – vom 19.03.2026
Entsperrung Kapitel 0850, Titel 68406, Teilansatz 8
hier: Förderung von Projekten
(Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung vom 18.02.2026)

[2604 A](#)
Haupt

vertagt zur Sitzung am 02.09.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Punkt 37 der Tagesordnung

- a) Bericht SenKultGZ – VSt – vom 28.01.2026
Projekte von besonderer politischer Bedeutung
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

[2638](#)
Haupt

- b) Bericht SenKultGZ – II A – vom 20.05.2026 [2638 A](#)
Projekte von besonderer politischer Bedeutung
hier: Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfung
und Vollfinanzierung
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)
Haupt

vertagt zur Sitzung am 02.09.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Punkt 38 der Tagesordnung

- a) Bericht SenKultGZ – BKRW 5 – vom 03.03.2026 [2710](#)
Zuwendungsprojekte der Senatsverwaltung für
Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
Haupt
- b) Bericht SenKultGZ – BKRW 5 – vom 21.05.2026 [2710 A](#)
Zuwendungsprojekte
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Die
Linke
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)
Haupt

vertagt zur Sitzung am 02.09.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 39 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Die Linke [2704](#)
Drucksache 19/3002
TVöD für die Vivantes-Tochterfirmen – Senat muss
Einigung unterstützen
Haupt
GesPfleg

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses GesPfleg vom 13.04.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3002 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege abzulehnen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen. (einvernehmlich)

Punkt 40 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	2236
Drucksache 19/2378	Haupt(f)
Eingliederung der Servicetöchter von Charité und Vivantes in die Mutterkonzerne	GesPfleg
	WissForsch

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses GesPfleg vom 13.04.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/2378 – abzulehnen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen. (einvernehmlich)

Punkt 40 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	2824
Drucksache 19/3194	Haupt(f)
Situation des Konzerns und der Beschäftigten bei Vivantes – Integration der Tochterunternehmen	ArbSoz*
	GesPfleg

Es liegen Stellungnahmen des Ausschusses ArbSoz vom 28.05.2026 und des Ausschusses GesPfleg vom 08.06.2026 vor, den Antrag anzunehmen (jeweils einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und AfD bei Enthaltung LINKE).

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3194 – anzunehmen.

(einstimmig mit CDU, SPD und GRÜNE bei Enthaltung LINKE und AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 41 der Tagesordnung

Bericht SenWGP – V C 7 – vom 05.05.2026	2655 R
Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik (HSAP)	Haupt
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)	

Nach Aussprache wird der Bericht [2655 R](#) zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion der CDU und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigen an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026, 12.00 Uhr, Fragen zum Bericht [2655 R](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege schriftlich bis zum 31.07.2026 beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen eingereicht:

1. Aus welchen Gründen setzt die Senatsverwaltung den Beschluss des AGH in Bezug auf die Auszahlung der Haushaltsmittel nicht um?
2. Was wäre aus Sicht der Senatsverwaltung ein solches „erhebliches Interesse“ (Antwort zu 1.)?
3. Bei der Humanistischen Hochschule und der Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik handelt es sich um Hochschulen, die weder in staatlicher Trägerschaft sind noch ein Anrecht auf Zuwendung haben, der sich aus einem Vertrag oder einer gesetzlichen Grundlage vergleichbar dem der Katholischen und der Evangelischen Hochschule Berlin ergibt.
Wenn es möglich ist, der Humanistischen Hochschule Berlin Mittel für den Aufbau von Studienplätzen im Bereich B.A. Soziale Arbeit zu gewähren, auch wenn öffentliche und konfessionelle Hochschulen, bei denen eine Finanzierungsverpflichtung besteht, bereits solche Studiengänge anbieten, schließt dies aus, eine weiteren Hochschule in nicht öffentlicher und nicht konfessioneller Trägerschaft (bei den konfessionellen: im Sinne einer Trägerschaft durch die Evangelische Landeskirche bzw. das Erzbistum) durch eine Zuwendung aus dem entsprechenden Titel zu unterstützen?
Wenn ja, warum? Wenn nein, welche Schritte sind aus Sicht der Senatsverwaltung notwendig, damit die Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik die vom Haushaltsgesetzgeber gewollte und beschlossene Zuwendung erhält?
4. Warum ist im Bericht ein Ist-Wert für den Teilansatz von 500.000 EUR angegeben, obwohl die Zuwendung noch nicht ausgereicht wurde?

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat folgende Fragen eingereicht:

1. Nach welchem genauen Verfahren wurde die Förderung der HSAP bewilligt?
2. Welche Studienplätze stellt die Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik (HSAP) bereit und in welchem Umfang?
3. Worin besteht das erhebliche Interesse des Landes Berlin in der Bereitstellung dieser Studienplätze?
4. Warum konnten diese Studienplätze nicht durch andere staatliche oder konfessionelle Studienplätze bereitgestellt werden?
5. Auf welchen Zeitraum ist diese Vereinbarung zur Bereitstellung der Studienplätze abgeschlossen?

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 42 der Tagesordnung

Bericht SenBJF – III E – vom 23.04.2026 [2503 C](#)
Sozialausgabensteuerung; hier: Beantwortung der Haupt
Nachfragen der Fraktion Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung vom 18.02.2026)

Ohne Aussprache: vertagt zur Sitzung am 24.06.2026.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen LINKE und AfD bei Enthaltung GRÜNE;
auf Antrag CDU)

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – 11

Punkt 43 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2821](#)
Drucksache 19/3191 Haupt(f)
Gesetz zur Änderung des Berliner ArbSoz*
Seniorenmitwirkungsgesetzes und weiterer Gesetze

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses ArbSoz vom 28.05.2026 vor, den Antrag anzunehmen (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD).

hierzu:

- a) Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2821 A](#)
und der Fraktion Die Linke Haupt
- b) Stellungnahme des Senats – SenASGIVA III E 1.1 – [2821 B](#)
vom 08.06.2026 Haupt
- c) Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der [2821 C](#)
Fraktion der SPD Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

zu a) Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [2821 A](#) wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

zu c) Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2821 C](#) wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen LINKE bei Enthaltung GRÜNE und AfD)

Sodann wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3191 – mit den folgenden, soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen:

1. Die Überschrift des Gesetzes wird wie folgt gefasst:

„Gesetz zur Änderung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes und des Bezirksverwaltungsgesetzes“

2. In Nummer 3 Buchstabe d werden in § 4 Absatz 3 Nummer 2 die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ gestrichen.

3. Nummer 4 Buchstabe b wird wie folgt neu gefasst:

„b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Mitglieder der bezirklichen Seniorenvertretungen werden auf Basis einer durch Wahlen zu bestimmenden Vorschlagsliste berufen. Aktives Wahlrecht besitzen alle Seniorinnen und Senioren, die zum Zeitpunkt der Wahlen das 60. Lebensjahr vollendet haben, zum Zeitpunkt der Wahlbenachrichtigung mit Hauptwohnsitz im jeweiligen Bezirk gemeldet sind und nicht infolge eines Gerichtsentscheids das Wahlrecht nicht besitzen. Passives Wahlrecht in einem Bezirk besitzen alle aktiv Wahlberechtigten in diesem Bezirk, denen nicht infolge eines Gerichtsentscheids die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt wurden.“

4. In Nummer 4 Buchstabe i wird in § 4a Absatz 8 unter b) der Satz: „Scheidet ein Mitglied der bezirklichen Seniorenvertretung aus, hat das für Seniorinnen und Senioren zuständige Mitglied des Bezirksamtes unverzüglich eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu berufen, soweit die Regelmitgliederzahl nach § 4 Abs. 1 Satz 1 unterschritten wird.“ ausgerückt, so dass er für Buchstaben a) und b) gilt.

5. In Nummer 6 wird wie folgt geändert:

§ 5 Absatz 1 Nummer 3 wird zum neuen Absatz 2, die Nummerierung der bisherigen Absätze 2 und 3 ändert sich entsprechend. Außerdem werden im neuen Absatz 2 die Wörter „aus den eingereichten Bewerberinnen und Bewerber aus“ ersetzt durch die Wörter „aus den eingereichten Bewerberlisten zwölf geeignete Bewerberinnen und Bewerber aus“.

6. In Nummer 7 wird in § 6 Absatz 1 Satz 1 nach der Angabe „Abgeordnetenhaus“ die Angabe „von Berlin“ eingefügt.

7. Nummer 8 wird wie folgt neu gefasst:

„Der bisherige § 8 wird zu § 7 und wie folgt gefasst:
„Die auf Grundlage dieses Gesetzes bis zum [Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] berufenen bezirklichen Seniorenvertretungen amtierenden bis zur Konstituierung der auf Grundlage des Gesetzes zur Änderung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes und des Bezirksverwaltungsgesetzes vom [Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] neu zu berufenden bezirklichen Seniorenvertretungen weiter. Gleiches gilt für die beiden bisherigen Gremien der Seniorenmitwirkung auf Landesebene bis zur erstmaligen Konstituierung des Landesseniorenrats.““

8. Artikel 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Artikel 3
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Beginn der 20. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin in Kraft.“

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen.

zu b) Die Stellungnahme [2821 B](#) wird zur Kenntnis genommen.

SenASGIVA
wird gebeten, dem Hauptausschuss möglichst bereits zur Sitzung am 24.06.2026 die Zuständigkeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Seniorenvertretungswahlen darzustellen.

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

Punkt 44 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/3124
**Seniorenmitwirkungsgesetz zukunftstauglich
machen – Novellierung nicht weiter verschleppen!**

[2846](#)
Haupt(f)
ArbSoz*

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses ArbSoz vom 28.05.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3124 – abzulehnen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 45 der Tagesordnung

Bericht SenASGIVA – IV AP QB 1 – vom 22.04.2026 [2805](#)
Sachstandsbericht zum Aufbau eines Queeren Haupt
Archivzentrums
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

Nach Aussprache wird der Bericht [2805](#) zur Kenntnis genommen.

SenASGIVA
wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026 die Planungen zum Aufbau eines Queeren Archivzentrums darzustellen.

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

Punkt 46 der Tagesordnung

Schreiben SenASGIVA – V C 4 – vom 13.05.2026 [2867](#)
Maßnahmen aus dem Handlungskonzept des Haupt
Runden Tisches Sexarbeit
Antrag zur Aufhebung einer Sperre

hierzu:

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2867 A](#)
für einen Maßgabebeschluss Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2867 A](#) für einen Maßgabebeschluss wird angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD und LINKE bei Enthaltung GRÜNE und AfD)

Sodann wird beschlossen:

Dem Schreiben [2867](#) wird mit nachfolgend wiedergegebener, soeben beschlossener, Maßgabe zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen:

„Der Vorlage mit der Roten Nummer 2867 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass die qualifizierte Sperre für das Haushaltsjahr 2026 nur in Höhe von 282.598 EUR aufgehoben wird. Voraussetzung für die Entsperrung der Restmittel für das Jahr 2026 ist eine weitere Vorlage an den Hauptausschuss, aus der die Verwendung dieser Restmittel hervorgeht.“

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Punkt 47 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA – ZS A 1 – vom
08.05.2026

**Verwendung von durch das Abgeordnetenhaus
verstärkten oder geschaffenen Gesamt- oder
Teilansätzen zur Auflösung pauschaler
Minderausgaben und zur Deckung im EPL. 11
hier: Zustimmung gemäß § 10 Abs. 3 HG 26/27**

[2851](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

hierzu:

Austauschseite S. 3

[2851-1](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Nach Aussprache in öffentlicher Sitzung wird beschlossen:

Dem Schreiben [2851](#) mit der Austauschseite S. 3 wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit CDU, SPD und GRÜNE bei Enthaltung LINKE und AfD)

Die Fraktion Die Linke hat im Nachgang zur Sitzung folgende Fragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung bis zum 15.07.2026 eingereicht:

1. Was hat der Senat unternommen, um eine Förderrichtlinie für den Haushaltstitel Kapitel 1120, Titel 68411 aufzustellen?
2. Welche Förderkriterien wurden aufgestellt?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass im Haushaltsjahr 2027 eine Landeskofinanzierung der Bundesprogramme umzusetzen ist?
4. Ist es absehbar, dass dieser Haushaltstitel im Haushaltsjahr 2027 umsetzbar ist?

5. Wann wollte die Senatsverwaltung die Träger*innen der MBEs/AVBs darüber informieren, dass die Kofinanzierung 2026 nicht umsetzbar ist, wenn das bei SenASGIVA schon seit einiger Zeit bekannt ist?

Punkt 48 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 08.05.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 13435 Berlin**

Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2850](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

hierzu:

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
für einen Maßgabenbeschluss

[2850 A](#)

Haupt

Nach Aussprache in öffentlicher Sitzung wird beschlossen:

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD für einen Maßgabebeschluss [2850 A](#) wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und LINKE gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE)

Sodann wird beschlossen:

Dem Schreiben [2850](#) wird mit nachfolgenden wiedergegebener, soeben beschlossener, Maßgabe zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen:

„Dem LFU wird aufgetragen, gemeinsam mit der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung einen neuen Versuch zu starten, ein Pilotprojekt für die Nachnutzung des MUFs für Wohnzwecke zu beginnen und dabei eine hinreichende soziale Durchmischung der künftigen Bewohner sicherzustellen.“

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Punkt 49 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 11.05.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 13591 Berlin**

Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2856](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

vertagt zur Sitzung am 02.09.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Punkt 50 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 15.05.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 10245 Berlin**

hier: Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2866](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2866](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis
genommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Punkt 51 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 19.05.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 14199 Berlin**

hier: Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2873](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Nach Aussprache in öffentlicher Sitzung wird beschlossen:

Dem Schreiben [2873](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis
genommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Wegen der nicht fristgemäßen Vorlage des Schreibens [2873](#) beantragt die Fraktion der CDU gemäß der Auflage Nr. 7 a) um Haushalt 2026/2027 eine pauschale Minderausgabe in Höhe von 75.000 € gegenüber der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung auszubringen.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, diesen Antrag zunächst in der nächsten Sprecher/-innenrunde am 22.06.2026 zu behandeln (einvernehmlich).

Punkt 52 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 21.05.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 12437 Berlin**

hier: Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2877](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

vertagt zur Sitzung am 24.06.2026; s. vor Eintritt in die Tagesordnung II.

Punkt 53 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 26.05.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 10969 Berlin**

hier: Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2880](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache in öffentlicher Sitzung wird beschlossen:

Dem Schreiben [2880](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 54 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3072

Wohnraumsicherungsgesetz

[2762](#)

Haupt

StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 11.05.2026 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE).

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

[2762 A](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2762 A](#) wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und GRÜNE gegen AfD bei Enthaltung LINKE)

Sodann wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/3072 – mit folgenden Änderungen anzunehmen:

1. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt neu gefasst:

„1. Nach § 3 Absatz 2 Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Diese Ausnahme ist auch für Ein- und Zweifamilienhäuser anzuwenden.“

b) Nummer 4 wird wie folgt neu gefasst:

„4. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 3 werden nach den Wörtern ‚im Sinne von Absatz 8‘ die Wörter ‚Nachweise zum aktuellen und vergangenen Gas-, Wärme-, Strom- und/oder Wasserverbrauch pro Wohneinheit‘ eingefügt.

b) In Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort ‚Bezirksamts‘ die Wörter ‚und den von ihnen Beauftragten‘ und nach dem Wort ‚Wohnräume‘ die Wörter ‚zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Gesetz‘ eingefügt.“

2. Es wird ein neuer Artikel 4 mit folgendem Inhalt eingefügt:

„Artikel 4

Gesetz zur Errichtung eines Wohnungs- und Mietenkatasters (WMKG Be)

§ 1 Zweck

Zweck des Gesetzes ist die methodische Erhebung und Sammlung, Aufbereitung, Darstellung und Auswertung von Daten und Fakten als statistisches und verwaltungsorganisatorisches Mittel zur Erfüllung landesrechtlicher Aufgaben, zur Berücksichtigung der in § 1 Absatz 5 ff. BauGB genannten Belange bei der Bauleitplanung sowie zur Durchführung und Überwachung des Wohnraumgesetzes (WoG Bln), des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WoAufG Bln), des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes (ZwVbG) und zur Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Anwendung und dem Vollzug von §§ 551, 555c, 556, 556a, 556d bis 556g, 557 bis 559 sowie 568 bis 577a BGB, § 5 WiStrG sowie § 291 StGB. Die zivilrechtliche Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche ist nicht Zweck dieses Gesetzes und bleibt dem Rechtsweg vorbehalten.

§ 2 Wohnungs- und Mietenkataster

(1) Zu den in § 1 genannten Zwecke führt die für das Wohnungs- und Bauwesen zuständige Senatsverwaltung ein zentrales, digitales Wohnungs- und Mietenkataster (Wohnungskataster).

(2) In das Wohnungskataster sind sämtliche im Land Berlin belegenen Mietwohnungen durch die jeweiligen Verfügungsberechtigten einzutragen. Die Eintragungspflicht umfasst folgende Angaben:

1. die vollständige Adresse der Mietwohnung einschließlich Wohnlage und Etage,
2. die Wohnfläche in Quadratmetern, die Anzahl der Zimmer und die Ausstattung,
3. die Namen der Vertragsparteien (Vermieterin bzw. Vermieter mit Klarnamen und Mieterin bzw. Mieter und die Zahl der Haushaltsangehörigen in pseudonymisierter Art) und Anschrift des Vermieters,
4. das Datum und die Art des Wohnberechtigungsscheins,
5. den Beginn und die vereinbarte Dauer des Mietverhältnisses,
6. die Höhe der vereinbarten Nettokaltmiete sowie die aktuelle Zusammensetzung der Bruttowarmmiete (Betriebskostenvorauszahlung, Heizkostenvorauszahlung, Wasserkostenvorauszahlung),
7. die Höhe etwaiger Modernisierungsumlagen
8. die Höhe der auf die Wohnung entfallenden Grundsteuer.

(3) Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Näheres zu Art und Umfang der anzugebenden Daten zu regeln, soweit dies für die Erreichung des Gesetzeszwecks erforderlich ist.

(4) Die Eintragung ist spätestens innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vollständig und wahrheitsgemäß digital vorzunehmen. Änderungen in den Angaben, die die nach Abs. 3 erlassene Rechtsverordnung vorsieht, sind innerhalb eines Monats nach ihrem Eintritt zu aktualisieren.

(5) Die Eintragung erfolgt über eine von der für das Wohnungs- und Bauwesen zuständigen Senatsverwaltung bereitgestellten digitalen Schnittstelle oder ein digitales Portal. Die Verfügungsberechtigten haben im Falle eines digitalen Portals die Angaben, die die nach Absatz 2 erlassene Rechtsverordnung vorsieht, über standardisierte digitale Formulare

einzutragen. Die für das Wohnungs- und Bauwesen zuständige Senatsverwaltung kann den Verfügungsberechtigten verpflichten, weitere Unterlagen als elektronische Dokumente zur Glaubhaftmachung der Angaben zu hinterlegen, soweit der Gesetzeszweck dies ganz, teilweise oder stichprobenartig erforderlich macht oder sofern eine weitere Prüfung im Hinblick auf die Einhaltung mietpreisrechtlicher Regelungen veranlasst ist.

(6) Die im Wohnungskataster gespeicherten Daten dürfen von der für das Wohnungs- und Bauwesen zuständigen Senatsverwaltung sowie den zuständigen Stellen zur Durchsetzung des Wohnraumgesetzes Berlin, des Wohnungsaufsichtsgesetzes, des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes ausschließlich zur Prüfung und Überwachung der in § 1 genannten Zwecke verarbeitet und ausgewertet werden. Eine Übermittlung an diese Dritten ist nur zulässig, soweit dies zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben erforderlich ist. Personenbezogene Daten von Mieterinnen und Mietern dürfen nur pseudonymisiert verarbeitet werden, soweit nicht im Einzelfall eine weitergehende Verarbeitung zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe erforderlich ist. Der Senat informiert das Berliner Abgeordnetenhaus jährlich anonymisiert über einzelne Auffälligkeiten, Verstöße und Interventionen des Senats nach vorliegendem Gesetz. In dem Bericht werden die Einzelfälle nach Satz 1 zusätzlich systematisiert und aggregiert, um eine politische Bewertung zu ermöglichen und das Abgeordnetenhaus zu etwaigen weiteren Veranlassungen zu befähigen. Ein allgemeiner Zugang der Öffentlichkeit zu personenbezogenen oder wohnungsbezogenen Einzeldaten des Wohnungskatasters ist ausgeschlossen.

(7) Das Wohnungskataster ist nach dem Stand der Technik gegen unbefugten Zugriff zu sichern. Die Speicherung personenbezogener Daten richtet sich nach Art. 6 Abs. 1 c DSGVO und § 6 BlnDSG. Personenbezogene Daten sind zu löschen oder zu anonymisieren, sobald sie für die in § 1 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind.

(8) Die für das Wohnungs- und Bauwesen zuständige Senatsverwaltung kann durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen zur technischen Ausgestaltung, zum Verfahren der digitalen Datenerfassung, zur Authentifizierung der Vermieterinnen und Vermieter sowie zu den Anforderungen an die elektronischen Dokumente nach Absatz 4 treffen.

§ 3 Überprüfung der Daten im Wohnungs- und Mietenkataster

(1) Die im Wohnungskataster nach § 2 erfassten Daten dürfen von der für das Wohnungs- und Bauwesen zuständigen Senatsverwaltung zur Sicherung der Datenqualität und zur zweckgebundenen Vorprüfung darauf ausgewertet werden, ob tatsächliche Anhaltspunkte für die Erforderlichkeit einer weitergehenden Prüfung durch die nach § 2 Absatz 6 jeweils zuständigen Stellen bestehen. Die Vorprüfung beschränkt sich, unbeschadet der Aufgaben der im Übrigen zuständigen Stellen, auf eine Plausibilitäts- und Auffälligkeitsprüfung im Hinblick auf die in § 1 genannten Zwecke. Sie begründet keine Entscheidung über die Vereinbarkeit eines Sachverhalts mit den in § 1 genannten Regelungen und keine Entscheidung über Bestand, Höhe oder Durchsetzbarkeit zivilrechtlicher Ansprüche aus dem Mietverhältnis.

(2) Ergeben sich aus der Vorprüfung nach Absatz 1 tatsächliche Anhaltspunkte, die für die Wahrnehmung einer in § 1 genannten Aufgabe erheblich sein können, insbesondere für einen möglichen Verstoß gegen die in § 1 genannten Vorschriften, teilt die für das Woh-

nungs- und Bauwesen zuständige Senatsverwaltung diese Anhaltspunkte sowie die hierfür erforderlichen Daten den Verfügungsberechtigten sowie den jeweils zuständigen Stellen mit, soweit dies zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben, insbesondere zur Prüfung der Einleitung eines Bußgeldverfahrens oder eines Ermittlungsverfahrens, erforderlich ist. Die abschließende rechtliche Prüfung und Entscheidung obliegt der jeweils zuständigen Stelle. Die Befugnisse und Zuständigkeiten der Zivilgerichte, Bußgeldbehörden und Strafverfolgungsbehörden bleiben unberührt.

(3) Die Verpflichtung zur Eintragung und Aktualisierung der nach § 2 erforderlichen objektbezogenen und mietverhältnisbezogenen Basisdaten darf von den Verfügungsberechtigten nur dann und nur insoweit verweigert werden, wie die Eintragung oder Aktualisierung sie selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Wenn und soweit Eintragungen oder Aktualisierungen nach Satz 1 verweigert werden, darf die für das Wohnungs- und Bauwesen zuständige Senatsverwaltung diese Tatsache sowie die hiervon betroffenen Datenkategorien den zuständigen Stellen zur Berücksichtigung der in § 1 Absatz 5 ff. BauGB genannten Belange bei der Bauleitplanung, zur Durchführung und Überwachung des Wohnraumgesetzes Berlin (WoG Bln), des Wohnungsaufsichtsgesetzes Berlin (WoAufG Bln) und des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes (ZwVbG) sowie den zuständigen Stellen zur Anwendung und zum Vollzug von §§ 551, 555c, 556, 556a, 556d bis 556g, 557 bis 559 sowie 568 bis 577a BGB, § 5 WiStrG sowie § 291 StGB mitteilen und anregen, die erforderlichen Daten bei Dritten zu erfragen oder im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Befugnisse auf andere Weise, insbesondere im Wege der Nachschau bei den Verfügungsberechtigten, zu erheben.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten, Bußgelder

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Absatz 2 und 3 eine Mietwohnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig in das Wohnungskataster einträgt,
2. entgegen § 2 Absatz 4 Satz 2 Änderungen in den nach § 2 Absatz 3 genannten Angaben nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig aktualisiert,
3. entgegen § 2 Absatz 5 die dort genannten Unterlagen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig als elektronische Dokumente hinterlegt,
4. einer vollziehbaren Anordnung der für das Wohnungs- und Bauwesen zuständigen Senatsverwaltung, die der Durchführung, Prüfung oder Überwachung nach diesem Gesetz dient, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

(3) Bei wiederholten oder besonders gewichtigen Verstößen kann die Geldbuße bis zu 100.000 Euro betragen. Ein solcher Fall liegt in der Regel vor, wenn

1. der Verstoß trotz schriftlicher Beanstandung fortgesetzt wird,
2. der Verstoß eine erhebliche Anzahl von Mietwohnungen betrifft oder
3. durch unrichtige oder unvollständige Angaben die Prüfung nach § 3 erheblich erschwert wird.

(4) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die für das Wohnungs- und Bauwesen zuständige Senatsverwaltung.

(5) Bei der Bemessung der Geldbuße sind insbesondere zu berücksichtigen

1. Art, Schwere, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes,
2. der Grad des Verschuldens,
3. die Anzahl der betroffenen Mietwohnungen,
4. die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der oder des Verfügungsberechtigten.

(6) Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil übersteigen, den die oder der Verfügungsberechtigte aus dem Verstoß gezogen hat.“

3. Der bisherige Artikel 4 wird zu Artikel 5.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 55 der Tagesordnung

Bericht SenStadt – IV A 19 – vom 29.04.2026
**Umsetzung und Koordinierung der
Dekarbonisierungsinvestitionen**
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 02.12.2025)

[2838](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2838](#) zur Kenntnis genommen.

Punkt 56 der Tagesordnung

Bericht SenStadt – IV A 22 – vom 22.04.2026
Prognose der Wohnungsbaufördermittel
(Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung vom 18.02.2026)

[2663 C](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2663 C](#) zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion Die Linke kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 12.06.2026, 12.00 Uhr, Fragen zum Bericht [2663 C](#) nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen schriftlich bis zum 15.07.2026 beantwortet werden sollen (einvernehmlich).

Die Fraktion Die Linke hat die folgenden Fragen eingereicht:

1. Bitte um folgende Aufschlüsselung: Aufteilung der bewilligten Förderung nach öffentlichen Fördernehmern, Genossenschaft und anderen Privaten für die Wohnraumförderung in den Jahren 2024 und 2025 aufgeschlüsselt nach den Programmen der Wohnungsbauförderung sowie für Klimagerechtes Bauen und Junges Wohnen.
2. Inwieweit hat der Senat erwogen oder geprüft, nach der Umstellung der Finanzierung des Darlehensanteils der Wohnungsbauförderung über Transaktionskredite auch die Finanzierungskosten für die Haushaltsbelastung für den Zuschussanteil der Förderung zu strecken, z.B. durch ein Abfinanzierungsmodell, bei dem die IBB die Zuschüsse entsprechend der Förderverträge ausreicht und auch finanziert und das Land Zins und Tilgung dieser Finanzierung refinanziert? Wie bewertet der Senat eine – mindestens temporäre – Umstellung der Förderung?
3. Zur Veränderung des Verhältnisses von Zuschüssen und Darlehen in 2025 zwischen Plan (4. Nachtrag) und Ist: In der Planung war das Verhältnis der SWB-Zuführung (Titel 88402: 547 Mio. €) zu den Darlehen (Titel 86341: 755 Mio. €) etwa 0,72, das heißt mehr Darlehen als SWB-Mittel. Im Ist wurden dagegen insgesamt rd. 361,5 Mio. € aus dem Darlehenstitel 86341 und rd. 422,3 Mio. € aus dem Sondervermögen ausgezahlt – ein Verhältnis von 1,17; also mehr SWB-Mittel als Darlehen. Worin liegt der Grund für die Umkehrung dieses Verhältnisses?
4. Bitte um Darstellung der Bestandsentwicklung im SWB seit 2021 nach Jahren jeweils mit Angabe des Bestandes am Jahresanfang, Zuflüssen nach Haushaltstiteln sowie Rückflüssen von Darlehen, und Abflüssen nach Programmen, Darlehen und Zuschüssen.

Punkt 57 der Tagesordnung

Schreiben SenStadt – V C – vom 08.05.2026
**Anwendung des Verfahrens für die beschleunigte
Errichtung von Holz-Compartmentschulen
(HOCOMP) auf die im Bezirkshaushaltsplan
veranschlagte Baumaßnahme 03Kn02 Schulstandort
Falkenberger Straße:
Entwicklung einer ISS durch Sanierung, Neubau
Sporthalle und Herstellung Außenanlagen; 13088,
Falkenberger Straße 31**

[2879](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2879](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 58 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke [2809](#)
Drucksache 19/3073
Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit – Vergabe vereinfachen und soziale Kriterien schärfen Haupt
WiEnBe

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WiEnBe vom 04.05.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3073 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe abzulehnen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Punkt 59 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2822](#)
Drucksache 19/3192
Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes und weiterer Rechtsvorschriften Haupt(f)
WiEnBe*

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses WiEnBe vom 04.05.2026 vor, den Antrag anzunehmen (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD).

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der [2822 A](#)
Fraktion der SPD Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2822 A](#) wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Sodann wird beschlossen:

Dem Abgeordnetenhaus wird empfohlen, den Antrag – Drucksache 19/3192 – mit den folgenden, soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 3 Buchstabe b erhält folgende neue Fassung:

„Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„Abweichend von den in Absatz 1 sowie in den Ausführungsvorschriften zu § 55 Landeshaushaltsordnung genannten Auftragswerten gilt die Verpflichtung zur Einhaltung der tariflichen Entlohnung nach § 9 dieses Gesetzes für alle öffentlichen Aufträge. Die Wertgrenzen nach Absatz 1, Unteraufträge nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6c sowie nach den Ausführungsvorschriften zu § 55 Landeshaushaltsordnung stehen der Anwendung der Tarifreueverpflichtung nicht entgegen; diese findet ab einem Wert des Auftrags und des Unterauftrags von 1 000 Euro ohne Umsatzsteuer Anwendung.“ “

2. In Nummer 4 wird folgender neuer Buchstabe d angefügt:

„d) Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„(3) Bei der Auswahl der Eignungskriterien und Eignungsnachweise nach den jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften sind die besonderen Umstände von jungen, kleinen und mittleren Unternehmen angemessen zu berücksichtigen.“ “

3. Nach Nummer 4 wird folgende neue Nummer 5 eingefügt:

„§ 6 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 6 Wertung unangemessen niedriger Angebote bei der Vergabe, Bestbieterprinzip“

b) Der bisherige Wortlaut wird zum Absatz 1.

c) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Im Fall der transparenten Forderung von Eigenerklärungen fordert der öffentliche Auftraggeber grundsätzlich nach Wertung der Teilnahmeanträge oder der Angebote die Nachweise von dem/den Unternehmen an, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden sollen bzw. die für den Zuschlag vorgesehen sind. Er setzt bei Anforderung der Unterlagen eine angemessene Frist zur Einreichung. Versäumt ein Unternehmen die Einreichung innerhalb der gesetzten Frist, gelten die §§ 56 und 57 VgV bzw. §§ 41 und 42 UVgO entsprechend.“ “

4. Die bisherigen Nummern 5 bis 8 werden zu den Nummern 6 bis 9.

5. Die bisherige Nummer 7, nunmehr Nummer 8, wird wie folgt geändert:

In Buchstabe a) werden die Wörter „ab 1. Januar 2026“ ersetzt durch die Wörter „ab Inkrafttreten dieses Gesetzes“.

6. Die bisherige Nummer 8, nunmehr Nummer 9, wird aufgehoben.

7. Die bisherige Nummer 9 bleibt Nummer 9 und wird wie folgt geändert:

In Buchstabe a), Doppelbuchstabe bb) wird nach Satz 1 folgender Satz angefügt: „Außerdem wird nach den Wörtern „(ohne Umsatzsteuer).“ und vor den Wörtern „Dabei hat...“ folgender Satz neu eingefügt: „Dies gilt nicht für die Tariftreue gem. § 9 Absatz 1 Nummer 2, die ab einem Auftragswert von 1000 Euro ohne Umsatzsteuer verpflichtend mit Unterauftragnehmern oder Verleihern von Arbeitskräften zu vereinbaren ist.“ “

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 60 der Tagesordnung

Bericht SenWiEnBe – II E 34/ II E 38 – vom
22.04.2026
**Umsetzung der elektronischen Aktenführung im
Ordnungswidrigkeitenbereich**
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

[2806](#)
Haupt

Nach Aussprache wird der Bericht [2806](#) zur Kenntnis genommen.

Punkt 61 der Tagesordnung

Schreiben SenWiEnBe – III C 21 / III C 22 – vom
26.05.2026
**Vergabe einer Evaluierung der wirtschaftsbezogenen
Innovationsförderprogramme zur
Weiterentwicklung der Innovationsförderung des
Landes Berlin**
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2890](#)
Haupt

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2890](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Punkt 62 der Tagesordnung

Schreiben SenWiEnBe – IV D 11 – vom 11.05.2026
**Freigabe von Landesmitteln in Höhe von bis zu
21,7 Mio. € für die Auszahlung bewilligter Projekte
im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
(GRW)**

[2860](#)
Haupt

Nach Aussprache wird beschlossen:

Dem Schreiben [2860](#) wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

SenWiEnBe
wird gebeten, dem Hauptausschuss über den Sachstand zur Bewilligung der Mittel für das Theater am Park e. V. Biesdorf zu berichten.

(einvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)

Punkt 63 der Tagesordnung

Verschiedenes

Nach Erörterung und einvernehmlicher Verständigung in der Sprecher/-innenrunde des Hauptausschusses wird wegen der nicht fristgemäßen Vorlage des Schreibens [2828](#) (102. Sitzung am 13. Mai 2026, Top 24) gemäß der Auflage Nr. 7 a) zum Haushalt 2026/2027 eine pauschale Minderausgabe in Höhe von 75.000 € im Kopfplan der SenASGIVA ausgebracht.

(einstimmig mit allen Fraktionen; auf Antrag der Fraktion der CDU)

Konsensliste

III. Gemäß Konsensliste wird zugestimmt:

Zwischenbericht SenMVKU – IV C 63 – vom [1457 E](#)
02.06.2026
Haupt

Wassertaxi Spandau
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 22.07.2026

Zwischenbericht SenWiEnBe – III A 63 – vom [1872 K](#)
11.05.2026
Haupt

**Dekarbonisierungsfahrplan der Berliner Energie
und Wärme GmbH (BEW) und Abstimmungen
zwischen BEW und den landeseigenen
Wohnungsunternehmen**
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am
24.06.2026

Zwischenbericht SenMVKU – II GT/II GT 4 – vom [2655 V](#)
20.05.2026
Haupt

**Interessensbekundungs-/ Markterkundungs-
verfahren Tiefe Geothermie und 3D Seismik**
(Berichtsauftrag aus der 102. Sitzung vom 13.05.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am
24.06.2026

Zwischenbericht SenInnSport – IV A 31 – vom [2684 A](#)
29.05.2026
Haupt

**Berliner Bäder-Betriebe
Kombibad Marzahn-Hellersdorf –
Machtbarkeitsstudie und Umsetzungszeitplan**
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am
24.06.2026

Zwischenbericht SenInnSport – III D 2 – vom
29.05.2026 [2686 B](#)
Haupt

Umsetzung des Konzeptes „Beste Feuerwehr“
gemäß Auflage B. 29 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 01.07.2026

Zwischenbericht SenStadt – II A 14 – vom 26.05.2026 [2713 A](#)
Haupt

**Wirtschaftliche Konzept zur Gestaltung der
wohnungshistorischen Mitte**
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis Ende Juni 2026

Bericht SenWGP – IV E 2 – vom 25.05.2026 [2719 D](#)
Haupt

**Verbindlicher und operativ plausibilisierter Plan der
Charité zur Erreichung eines ausgeglichenen
Jahresergebnisses bis 2034**

(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 31.01.2027

Fristverlängerung rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026

Zwischenbericht SenWiEnBe – III A 63 – vom
11.05.2026 [2724 A](#)
Haupt

**Dekarbonisierungsfahrplan der Berliner Energie
und Wärme GmbH (BEW) und Abstimmungen mit
der Stromnetz Berlin GmbH sowie eine Erläuterung
der Geothermieplanungen**

(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am
24.06.2026

Zwischenbericht SenMVKU – I A 2 (V) – vom
18.05.2026 [2748 A](#)
Haupt

**EFRE-Mittel und Ausschöpfung Berliner Programm
für nachhaltige Entwicklung 2 (BENE 2)**

(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am
24.06.2026

Zwischenbericht SenMVKU – I E 26 – vom 15.05.2026 [2752 B](#)
Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Haupt
Beratungsdienstleistungen
hier: Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion
gemäß Auflage B. 101 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 30.06.2026

Zwischenbericht SenMVKU – IV C 63 – vom [2754 A](#)
20.05.2026 Haupt
Investitionsmaßnahmen BVG
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen und der Fraktion Die
Linke
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 22.07.2026

Zwischenbericht SenMVKU – IV A 1 – vom [2770 A](#)
05.05.2026 Haupt
S- und U-Bahn-Station in Außenbezirken
gemäß Auflage B. 49 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 30.06.2026

Zwischenbericht SenInnSport – III E 11 – vom [2803 A](#)
15.05.2026 Haupt
Verlängerung des Mietvertrages für das Gebäude L
auf dem ehemaligen Flughafengelände Berlin-Tegel
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 30.06.2026

Zwischenbericht SenInnSport – IV C 13 – vom
28.05.2026
**Sportstättenanierungsprogramm (SSP) –
Bericht 2025**
gemäß Auflage B. 27 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2894](#)
Haupt

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 24.06.2026

Zwischenbericht SenMVKU – BF B42 – vom
29.05.2026
Klimaanpassungsgesetz – Planung und Umsetzung
gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2898](#)
Haupt

m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am
24.06.2026

Zwischenbericht SenWGP – IV E 1 – vom 01.06.2026
**Veterinärmedizin der FU Berlin als eigene
Dienststelle**
gemäß Auflage B. 64 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2905](#)
Haupt

m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 30.09.2026

Fristverlängerung rechtzeitig zur Sitzung am 02.09.2026

IV. Gemäß Konsensliste werden zur Kenntnis genommen:

Regierender Bürgermeister

Bericht RBm – Skzl – V C 21 – vom 11.05.2026 [2722 A](#)
Umgang mit Rechtsdienstleistungen aus dem
Rahmenvertrag
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)
Haupt

Inneres und Sport

Vertraulicher Bericht SenInnSport – III C 34 – vom [1848 B](#)
07.05.2026
Verfahrens- und Ermittlungsaufkommen i. Z. m.
SkyECC
(Berichtsauftrag aus der 94. Sitzung vom 05.12.2025)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Zwischenbericht SenInnSport – III E 32 – vom [2293 A](#)
21.05.2026
System SUPI-Catcher
(Berichtsauftrag aus der 51. Sitzung vom 17.11.2023)
Haupt

Bericht SenInnSport – III E 22-3 – vom 05.05.2026 [2872](#)
Inanspruchnahme von externen Gutachter- und
Beratungsdienstleistungen durch die Berliner
Feuerwehr
hier: Hygiene- und Infektionspräventionsberatung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27
Haupt

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Bericht SenMVKU – I E 26 – vom 15.05.2026 [1578 I](#)
Leitfaden Klimacheck
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)
Haupt

Bericht SenMVKU – IV A 2-3 – vom 08.05.2026 [1648 H](#)
Verlängerung der U8 in das Märkische Viertel
hier: Grundlagenuntersuchung
(Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung vom 18.02.2026)
Haupt

Bericht SenMVKU – IV A 1 – vom 11.05.2026 [1710 E](#)
Sharing-Strategie des Landes Berlin
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung vom 18.02.2026)

Bericht SenMVKU – IV C 32 – vom 11.05.2026 [2586 A](#)
Ergebnisse der Vorstudie Goerzbahn
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

Bericht SenMVKU – BF B / III B 14 – vom 02.06.2026 [2653 B](#)
Finanzierung des Sanierungsprojektes „Ökowerk“
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 02.12.2025)

Bericht SenMVKU – III B1-1 – vom 07.05.2026 [2749 A](#)
**SIWA – Auswirkungen der gestiegenen Kosten auf
die Stiftung Naturschutz**
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

Bericht SenMVKU – IV F 34 – vom 28.05.2026 [2897](#)
**Maßnahmen des Fußverkehrsplans und
Radverkehrsplans**
Haupt
gemäß Auflage B. 47 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bericht SenKultGZ – ZS D 27 – vom 29.05.2026 [2764 A](#)
**Maßnahmen und Projekte vom Berliner
Projektfonds Urbane Praxis**
Haupt
hier: Spreepark
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

Vertraulicher Bericht SenKultGZ – BKRW 5 – vom [2784 B](#)
01.06.2026
Haupt
**Antrag auf Entsperrung der Restmittel Kapitel 0820,
Titel 68488**
Vertrauliche
Beratung
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen**
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Bericht SenWGP – I B – vom 13.05.2026 [1337 C](#)
Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung Haupt
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Bitte um einen Folgebericht mit Darstellung der Ergebnisse zu den beiden Fragestellungen. Frist: 30. August 2026.

Bericht SenWGP – V G 1 – vom 21.05.2026 [2702 A](#)
Auswirkungen der Kürzungen beim Studierendenwerk Haupt
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

Bericht SenWGP – II D 26 – vom 08.05.2026 [2853](#)
Plätze in der Kurz- und Tageszeitpflege Haupt
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Bericht SenWGP – V B 1 – vom 01.06.2026 [2899](#)
Tätigkeitsbereiche der Mitarbeitenden in Technik, Service und Verwaltung an den Berliner Hochschulen und Stand der Gremienberatungen zur Strukturplanung der Hochschulen Haupt
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Bildung, Jugend und Familie

Bericht SenBJF – ZS B 3 – vom 11.05.2026 [2859](#)
Tarifvorsorge und Umsetzung der Tarifmittel Haupt
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

Bericht SenBJF – II A 1 – vom 26.05.2026 [2887](#)
Aktuelle Schüler-/Schülerinnenzahlen in der außerunterrichtlichen Förderung (eFöB) Haupt
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

Bericht SenBJF – ZS B 3 – vom 26.05.2025 [2889](#)
Zuwendungsprojekte der SenBJF 2023-2027 Haupt
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

- Bericht SenASGIVA – II C 41 – vom 15.05.2026 [1747 C](#)
Beschäftigungsmöglichkeiten für die SGE-Teilnehmenden
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)
Haupt
- Bericht SenASGIVA – III F 2 – vom 26.05.2026 [2567 C](#)
Rückfragen zum Bericht zum GStU-Umsetzungsgesetz
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)
Haupt
- Vertraulicher Bericht SenASGIVA – III F 2.6 – vom 13.05.2026 [2863](#)
Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung von Geflüchteten
hier: Beantwortung der Fragen
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)
Haupt
Vertrauliche Beratung
- Bericht SenASGIVA – V B 1 – vom 19.05.2026 [2871](#)
Geförderte Projekte Abteilung Frauen und Gleichstellung
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)
Haupt
- Bericht SenASGIVA – III F 1.4 – vom 01.06.2026 [2903](#)
Maßnahmen, Kosten, Unterbringungsangebote, Belegungszahlen und Quote der Vollversorgung im Rahmen der Kältehilfe
gemäß Auflage B. 78 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27
Haupt
- Bericht SenASGIVA – III E 1.2 – vom 01.06.2026 [2904](#)
Vergabe eines Dienstleistungsauftrages: Evaluation des „Berliner Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsorganisationsgesetzes (AGBtOG Bln)“
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27
Haupt

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Bericht SenStadt – II A 36 – vom 19.05.2026 [1779 D](#)
Konzept zur städtebaulichen Entwicklung der
Historischen Mitte Berlin Haupt
gemäß Auflage B. 95 – Drucksache 19/2828 zum - s. KL VI. -
Haushalt 2026/27
m.d.B. um Weiterleitung an den Ausschuss StadtWohn

Bericht SenStadt – VC11 – vom 08.05.2026 [2466 A](#)
Gestapelte Schule Programm Haupt
hier: Fortschrittsbericht 2026
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025)

Bericht SenStadt – ASP 10 – vom 11.05.2026 [2605 B](#)
Konzeption und Planung hinsichtlich der IBA Haupt
GmbH
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 02.12.2025)

Bericht SenStadt – II A 17 – vom 18.05.2026 [2755 B](#)
Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Haupt
Regierungsviertel – Bericht 2026
hier: Verteilung Mittelbedarf
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

Bericht Senat von Berlin – Stadt IV A 15 – vom [2869](#)
19.05.2026 Haupt
Schaffung von Wohnraum durch städtische
Wohnungsbaugesellschaften 2025
gemäß Auflage A. 17 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

Erbeten wird eine projektscharfe Auflistung des kooperationsrelevanten Zuwachses von 9.311 Wohnungen nach LWU im Jahr 2025. (Bis Ende Juni 2026)

Finanzen

Bericht SenFin – Fin II LIP 8 / II BfdH (V) – vom [2678 A](#)
13.05.2026 Haupt
Sondervermögen des Bundes
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

Bericht SenFin – IV C 37 Diversity – vom 11.05.2026 [2868](#)
Sachstand zur Erarbeitung des PEP 2030 Haupt
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025)

Bitte um einen Folgebericht mit einer tabellarischen Übersicht mit den einzelnen Maßnahmen und deren Umsetzungsstand. Frist: 30. August 2026.

Bericht SenFin – IV C 16 – vom 26.05.2026 [2895](#)
Aufwendungen im Rahmen des Wissenstransfers Haupt
und Entwicklung der Strategie für das
„Wissensmanagement 2030“
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025)

Bezirke

Bericht BA Friedrichshain-Kreuzberg – BzStR – vom [2619 A](#)
30.04.2026 Haupt
Wiedereröffnung YAAM Berlin
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

Die folgende Berichte werden von der Konsensliste IV. genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 24.06.2026 bzw. einer der folgenden Sitzungen gesetzt:

Regierender Bürgermeister

Bericht RBm – Skzl – I C – vom 07.05.2026 [2766 A](#)
Sachstandsbericht zur Errichtung des Neubaus für Haupt
die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin
(DFFB)
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Inneres und Sport

Bericht SenInnSport – IV B 311 – vom 07.05.2026 [1463 E](#)
Umgestaltung des Jahnsportparks zum Haupt
Inklusionssportpark
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

- Bericht SenInnSport – IV B 311 – vom 18.05.2026
Maßnahmen des Landes Berlin im Rahmen des Förderprogramms „Sportmilliarde“
Hier: Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026) [2641 A](#)
Haupt
- Bericht SenInnSport – III A 23 – vom 18.05.2026
Einsatz der Stemo-Fahrzeuge – Planung und Schlussfolgerungen
gemäß Auflage B. 62 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27 [2800 A](#)
Haupt
- Vertraulicher Bericht SenInnSport – III E 2 Ng – vom 15.05.2026
Drohnen
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025) [2874](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- Bericht SenInnSport – III B 3 – vom 18.05.2026
Videoaufklärung
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025) [2875](#)
Haupt
- Bericht SenInnSport – ZS A 2 Co – vom 21.05.2026
Moderne Arbeitswelten
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025) [2885](#)
Haupt
- Justiz und Verbraucherschutz
- Bericht SenJustV vom 28.05.2026
Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026) [1476 G](#)
Haupt
- Bericht SenJustV – ZS A 7 – vom 08.05.2026
Rechtsgutachten zur Nichtanwendung der im Partizipations- und Teilhabegesetz vorgesehenen Einladungsquote
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026) [2752 A](#)
Haupt

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

- Bericht SenMVKU – I E 45 – vom 22.05.2026 [1816 B](#)
Stand der Wärmeplanung
hier: Abstimmungsprozesse, Vermeidung von
Doppelstrukturen und Ausbau von (Nah-)
Wärmenetzen
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)
Haupt
- Bericht SenMVKU – I E 1 – vom 13.05.2026 [2670 B](#)
BEK-Projekte finanziert durch die Etats der Bezirke
oder anderer Senatsverwaltungen
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)
Haupt
- Bericht SenMVKU – I B 19 – vom 27.05.2026 [2677 A](#)
Gesamtstrategie Saubere Stadt
gemäß Auflage B. 101 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27
Haupt
- Bericht SenMVKU – IV C 52 – vom 18.05.2026 [2685 A](#)
Auswirkungen der Ertüchtigung der Baureihen 481
und 480 auf den S-Bahn-Verkehr
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)
Haupt
- Bericht SenMVKU – V A B 2 – vom 06.05.2026 [2711 J](#)
Nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagte
Baumaßnahmen aus dem Jahr 2025
hier: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt
gemäß Auflage A. 15 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27
Haupt
- Bericht SenMVKU – IV C 62 – vom 11.05.2026 [2896](#)
Deutschlandticket Zuschuss Ausbildung („Azubi-
Ticket“)
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 02.12.2025)
Haupt

Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bericht SenKultGZ – I D 1 – vom 22.05.2026
Bibliotheksentwicklung
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung des UA BezPHPW
vom 24.11.2025)

[1813 B](#)
Haupt

Bericht SenKultGZ – I A 2 – vom 13.05.2026
House of Jazz am Kurt-Schumacher-Damm
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

[2643 A](#)
Haupt

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Bericht SenWGP – AL II 21 – vom 24.06.2024
Pflegekostensteigerungen – Folgebericht
(Berichtsauftrag aus der 50. Sitzung vom 15.11.2023)
(in der 65. Sitzung am 04.09.2024 dem Ausschuss
GesPflg m.d.B. um Stellungnahme zur Verfügung ge-
stellt)

[1224 A](#)
Haupt
GesPflg

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses GesPflg vom 11.05.2026 vor, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Von einer inhaltlichen Stellungnahme hat der Ausschuss abgesehen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Bericht SenWGP – IV E 2 – vom 25.05.2026
**Ergebnisse der Prüfung von alternativen
Finanzierungsvarianten für die Charité**
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

[2733 A](#)
Haupt

Bericht SenWGP – V D Sa – vom 28.04.2026
**Nutzung von Förderprogrammen und Zuschüssen
für Solaranlagen an Hochschulen**
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

[2864](#)
Haupt

Bildung, Jugend und Familie

Bericht SenBJF – II D 2 – vom 26.05.2026 [2888](#)
Kooperationsvereinbarungen im Rahmen des Haupt
Programms „Teach First“
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Bericht SenASGIVA – III F 1.2 – vom 01.06.2026 [0692 O](#)
Evaluation Housing First – Überführung in die Haupt
Hilfesystematik der §§ 67 ff. SGB XII
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

Bericht SenASGIVA – III B 2.5 – vom 01.06.2026 [1606 H](#)
Rechtsgutachten Tarifierungen Persönliche Haupt
Assistenz
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

Bericht SenASGIVA – I B 5 – vom 26.05.2026 [1799 C](#)
Nachfragen zum Pilotprojekt für Audio- und Haupt
Videodolmetschen
(Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung vom 18.02.2026)

Bericht SenASGIVA – IV A 5 – vom 12.05.2026 [2472 C](#)
Maßnahmen im Kapitel 1130, Titel 68406 Haupt
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

Bericht SenASGIVA – IV ZH – vom 12.05.2026 [2472 D](#)
Maßnahmen im Kapitel 1130, Titel 54010 Haupt
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

Bericht SenASGIVA – III B 2.5 – vom 07.05.2026 [2652 A](#)
Refinanzierung der Vergütung für im Rahmen der Haupt
Komplexleistung Persönliche Assistenz erbrachte
Assistenzleistungen im Arbeitgeber*innenmodell
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

Bericht SenASGIVA – ZA A 1 – vom 01.06.2026
Tarifvorsorge im Einzelplan 11
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)

[2900](#)
Haupt

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Vertraulicher Bericht SenStadt – IV A 14 – vom
08.05.2026
**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten**
hier: Kalkulationsgrundlage
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)

[2632 A](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Bericht SenStadt – V D 19 – vom 08.05.2026
Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark
Beantwortung der Fragen der Fraktionen
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

[2650 B](#)
Haupt

Bericht SenStadt – IV A 24 – vom 11.05.2026
Zuführung an das Sondervermögen
Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von
Genossenschaften
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

[2690 A](#)
Haupt

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Bericht SenWiEnBe – IV B 17 – vom 18.05.2026
Klimaschutzmaßnahmen BEHALA, Stromnetz
Berlin, BSR und BVG
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

[1872 L](#)
Haupt

Bericht SenWiEnBe – IV B 17 – vom 11.05.2026
Abschluss der BVG-Manteltarifverhandlungen,
Diskussionsstand und Planungen der BVG
hinsichtlich der Arbeitszeitsouveränität
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)

[2861](#)
Haupt

Finanzen

Bericht SenFin – I D 22 – vom 05.05.2026 [2664 B](#)
Fortschrittsbericht zum Abbau des Sanierungsstaus Haupt
gemäß Auflage B. 118 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27 und Berichtsauftrag aus der 88.
Sitzung vom 05.11.2026

Vertraulicher Bericht SenFin – I C 15 – vom 24.04.2026 [2723 A](#)
Entsperrung von Haushaltsmitteln zu Gunsten der Haupt
BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH Vertrauliche
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026) Beratung

Bezirke

Bericht BA Marzahn-Hellersdorf – BzStR [2862 A](#)
SchulSportWeiKultFM Ref 2 – vom 19.05.2026 Haupt
Sanierung der ehem. Sporthalle „Helle Tierarche
e.V.“
(Berichtsauftrag aus der 100. Sitzung vom 15.04.2026)

Hinweis: Die Bitte um Fristverlängerung [2862](#) hat sich durch die Vorlage des Berichts [2862 A](#) erledigt.

V. Gemäß Konsensliste werden den Unterausschüssen überwiesen:

Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [2910](#)
„Stärkung der Resilienz des Berliner Stromnetzes Haupt
und der Wasserinfrastruktur: Welche Schutzvor- vorab zur Erledi-
kehrungen vor drohenden Anschlägen wurden be- gung überwiesen
reits getroffen und welche nächsten Schritte sowie
weitere Maßnahmen müssen nun in die Umsetzung
gebracht werden?“
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
m.d.B. um Überweisung an den UA Bmc

Hierzu: Anhörung

Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft

Bericht SenFin – II H 23 – vom 13.05.2026 Basiskorrektur der Globalsummenzuweisung und Jahresabschluss Bezirke 2025 gemäß Auflage B. 117 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27	2876 Haupt zur Erledigung
Bericht SenASGIVA – III F 1.5. – vom 26.05.2026 Folgebericht nach Abschluss der gesamtstädtischen Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung und Weiterentwicklung der Fachstellen Soziale Wohnhilfe (Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 12.11.2025)	2195 V Haupt zur Erledigung vormals KL IV.
Bericht RBm – Skzl – V C 21 – vom 02.06.2026 Satzung des ITDZ Berlin (Berichtsauftrag aus der 94. Sitzung vom 05.12.2025)	2410 B Haupt zur Erledigung vormals KL IV.

VI. Gemäß Konsensliste werden den Fachausschüssen zur Verfügung gestellt:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Bericht SenStadt – II A 36 – vom 19.05.2026 Konzept zur städtebaulichen Entwicklung der Historischen Mitte Berlin gemäß Auflage B. 95 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27 m.d.B. um Weiterleitung an den Ausschuss StadtWohn	1779 D Haupt
--	---------------------------------

VII. Zurückstellungen: entfällt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Stephan Schmidt

André Schulze